



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

25/2014 20.06.2014

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neu:



Simone Hauser

Kommentar Schulunterrichtsgesetz

Das Schulunterrichtsgesetz dient der Verrechtlichung des inneren Schulbereichs, wozu die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule zählen. Der Kommentar zum Schulunterrichtsgesetz enthält den Text des SchUG samt amtlichen Erläuterungen, den Leitsätzen der Rechtsprechung und eingehenden Kommentierungen der Autorin.

78,- Euro, 1. Auflage, XIX und 752 Seiten, Harteinband, ISBN 978-3-902883-14-8

Zu beziehen ua über <http://www.pedell.at/>

I. Bundesgesetzblatt

BGBI II 145/2014

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über die Gefahrenzonenplanungen nach dem Wasserrechtsgesetz 1959 (**WRG-Gefahrenzonenplanungsverordnung** – WRG-GZPV)

BGBI II 147/2014

Verordnung der Bundesregierung, mit der die Verordnung über die Zusammenlegung von Bezirksgerichten und über die Sprengel der verbleibenden Bezirksgerichte in Niederösterreich (**Bezirksgerichte-Verordnung Niederösterreich 2012**) geändert wird

BGBI II 148/2014 (Anlage 1, Anlage 2)

Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die Verordnung betreffend technische Vorschriften für Fahrzeuge auf Binnengewässern (**Schiffstechnikverordnung**) geändert wird

[BGBl II 150/2014](#)

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit, mit der die **Abgrenzungsverordnung 2004** geändert wird

[BGBl II 151/2014](#)

Verordnung des Vorstandes der E-Control betreffend die Meldung von Daten zur Vorbereitung der Lenkungsmaßnahmen zur Sicherstellung der Erdgasversorgung und zur Durchführung eines Monitoring der Versorgungssicherheit im Erdgasbereich (**Erdgas-Energielenkungsdaten-Verordnung 2014**, G-EnID-VO 2014)

[BGBl II 152/2014](#)

Verordnung der E-Control betreffend die Meldung von Daten zur Vorbereitung der Lenkungsmaßnahmen zur Sicherstellung der Elektrizitätsversorgung und zur Durchführung eines Monitoring der Versorgungssicherheit im Elektrizitätsbereich (**Elektrizitäts-Energielenkungsdaten-Verordnung 2014**, E-EnLD-VO 2014)

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 176 v 14.06.2014, 1](#)

Beschluss der Kommission vom 3. September 2013 – Staatliche Beihilfe SA.32554 (09/C) – **Umstrukturierungsbeihilfe Österreichs für die Hypo Group Alpe Adria** (Bekanntgegeben unter Aktenzeichen C(2013) 5648)

[ABI L 177 v 17.06.2014, 34](#)

Durchführungsverordnung (EU) Nr 643/2014 der Kommission vom 16. Juni 2014 zur **Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Meldung der für den Bereich der betrieblichen Altersversorgungssysteme relevanten nationalen Aufsichtsvorschriften** gemäß Richtlinie 2003/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

05.06.2014, [U 26/2014](#)

AsylG; Entzug des gesetzlichen Richters durch **Abweisung eines Wiedereinsatzantrags durch eine Einzelrichterin** und nicht durch einen Senat des Asylgerichtshofs

06.06.2014, [U 1820/2013](#)

AsylG; Entzug des gesetzlichen Richters durch Entscheidung eines **unrichtig zusammengesetzten Spruchkörpers** des AsylGH **in einer Annexsache**; Unzuständigkeit des ausschließlich aus männlichen Richtern bestehenden Senates infolge behaupteten Eingriffs in die sexuelle Selbstbestimmung der Mutter des minderjährigen Beschwerdeführers

10.06.2014, [G 62/2012 ua](#)

TelekommunikationsG; Zurückweisung eines **Individualantrags zur Vorratsdatenspeicherung** als unzulässig im Hinblick auf die im Sammelantrag genannten Personen mit Ausnahme des ersten Antragstellers mangels Darlegung der aktuellen Betroffenheit

B. Verwaltungsgerichtshof

Keine relevanten Erkenntnisse und Beschlüsse im Berichtszeitraum.

C. Verwaltungsgerichte

BVwG 15.04.2014, [W155 2003769-1](#)

PflanzenschutzmittelG; AVG; dass die Zulassung eines weiteren, allerdings chemischen Pflanzenschutzmittels zu einer Umsatzeinbuße für das bestehende biologische Pflanzenschutzmittel führen wird, berührt ein wirtschaftliches Interesse des bestehenden Zulassungsinhabers; das reicht aber nicht aus, eine **Parteistellung im Zulassungsverfahren** für die Neuzulassung eines weiteren Produkts zur Bekämpfung des Maiswurzelbohrers einzuräumen; eine solche läge nur vor, wenn die Rechtsordnung ein wirtschaftliches Interesse an der Verhinderung von Konkurrenz schützen würde, indem sie die Behörde verpflichtet, auf diesen Umstand Bedacht zu nehmen

LVwG Bgld 23.04.2014, [E B05/09/2014.004/002](#)

Bgld BauG; bei der Errichtung eines Carports mit aufgesetzter Solaranlage mit der Gesamthöhe von 5,5 m sind die **baupolizeilichen Interessen**, Standsicherheit, Widerspruch zum Flächenwidmungsplan und Beeinträchtigung des Orts- oder Landschaftsbilds **im Rahmen eines baurechtlichen Genehmigungsverfahrens** zu prüfen

LVwG Tir 23.01.2014, [LVwG-2014/42/0178-1](#)

Tir BauO; WohnungseigentumsG; baupolizeiliche Aufträge nach § 39 Abs 1 Tir BauO sind nach stRsp des VwGH an alle Miteigentümer eines Hauses zu richten; das gilt auch bei **Vorliegen von Wohnungseigentum** nach dem WohnungseigentumsG; auch bei einer Wohnungseigentumsgemeinschaft hat jeder Miteigentümer dafür zu sorgen, dass die Baulichkeiten der Baubewilligung entsprechen (**Solidarhaftung**)

LVwG Tir 29.01.2014, [LVwG-2013/32/3450-2](#)

GewO; Erteilung einer **Betriebsanlagenänderungsgenehmigung** iSd § 81 ff GewO; aus der Kundmachung über die Anberaumung der mündlichen Verhandlung und aus der Niederschrift über diese Verhandlung ergibt sich, dass die Behörde offensichtlich das Ansuchen zunächst als solches iSd § 77 GewO verstanden hat; erst im Bescheid wird dem Antragsteller abweichend von seinem Ansuchen die Genehmigung der Änderung einer bestehenden Betriebsanlage erteilt; damit belastet die Behörde den angefochtenen Bescheid mit inhaltlicher Rechtswidrigkeit, weil sie einen **antragsbedürftigen Verwaltungsakt ohne ein entsprechendes Ansuchen** setzte

LVwG Tir 30.01.2014, [LVwG-2014/40/0345-1](#)

Tir BauO; AVG; Antrag einer Wohnbaugesellschaft auf baubehördliche Bewilligung zur Errichtung einer Wohnanlage bestehend aus zwei Wohnhäusern bzw Nebenräumen und dazugehöriger Tiefgarage; diverse Einwendungen der Nachbarn; sofern die Bf im Rahmen der Berufung vorbringen, dass das mündliche und schriftliche Vorbringen nicht berücksichtigt worden sei, so ist dem entgegenzuhalten, dass nach § 59 Abs 1 AVG die geltend gemachten **Einwendungen mit Erledigung des verfahrenseinleitenden Antrages als miterledigt** gelten

LVwG Tir 05.02.2014, [LVwG-2013/15/2901-3](#)

Tir NaturschutzG; bei **Unterlassungsdelikten** ist danach zu unterscheiden, ob die Strafbarkeit der Unterlassung darauf abstellt, dass die unterlassene Handlung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt gesetzt hätte werden müssen oder nicht; im ersten Fall ist die Tat mit Ablauf der für die Vornahme der Handlung gesetzten Frist vollendet; die **Verjährungsfrist** beginnt mit Ablauf dieser Frist

LVwG Tir 05.02.2014, [LVwG-2013/15/3568-2](#)

GewO; VStG; eine Anzeige betreffend die **Bestellung einer gewerberechtl. Geschäftsführerin** gilt erst in dem Zeitpunkt als bewirkt, in dem sie vollständig bei der zuständigen Behörde eingebracht wird; der **Einstellungsgrund nach**

§ 45 Abs 1 Z 4 VStG entspricht jenem nach § 21 Abs 1 VStG idF vor der Novelle BGBl I Nr 33/2013; für das Verständnis dieser Bestimmung ist deshalb auch auf die diesbezügliche Judikatur zurückzugreifen; für ein Vorgehen nach § 45 Abs 1 Z 4 VStG müssen demnach im Wesentlichen zwei Kriterien vorliegen: das Verschulden des Beschuldigten muss geringfügig sein und die Folgen der Übertretung unbedeutend

LVwG Wien 06.05.2014, [VGW-221/008/RP05/24503/2014](#)

GewO; nach der Rsp des VwGH greift der auf § 91 Abs 2 GewO beruhende Entziehungsbescheid in die Rechtsstellung der natürlichen Person nicht ein; Folge davon ist, dass lediglich der jeweiligen juristischen Person, nicht aber der natürlichen Person mit maßgebendem Einfluss **Parteistellung in einem Verfahren gem § 91 Abs 2 iVm § 87 Abs 1 GewO** zukommt

LVwG Wien 21.05.2014, [VGW-041/008/25812/2014](#), [VGW-041/008/25813/2014](#)

AVG; VwGVG; wenn eine Partei in Kenntnis der an ein Rechtsmittel gestellten inhaltlichen Anforderungen, dh wissentlich, einen Schriftsatz verfasst, der sich mit keinem Wort inhaltlich gegen Spruch und Begründung des angefochtenen Bescheids richtet, sondern sich in einem **Antrag auf Fristerstreckung** (oder allenfalls auch in einer **bloßen Anmeldung eines Rechtsmittels** gegen späteres Nachbringen der Begründung) erschöpft, fehlt es wegen des Elements der Wissentlichkeit (Wissen um die Frist bzw Kenntnis davon, dass ein Rechtsmittel einer näheren Begründung bedarf) an einer Mangelhaftigkeit, die bloß auf einem (allenfalls auch auf grobe Fahrlässigkeit zurückzuführenden) Versehen der Partei beruht; daher ist auf solche Eingaben **§ 13 Abs 3 AVG** von vornherein **nicht anzuwenden**

LVwG Wien 23.05.2014, [VGW-021/015/24966/2014](#)

GewO; VStG; bei **§ 366 Abs 1 Z 1 GewO** handelt es sich um ein **Ungehorsamsdelikt**, weil zum Tatbestand weder der Eintritt eines Schadens noch einer Gefahr gehört; dabei ist gem § 5 Abs 1 VStG Fahrlässigkeit anzunehmen, wenn der Täter nicht glaubhaft macht, dass ihn an der Verletzung der Verwaltungsvorschrift kein Verschulden trifft; der Beschuldigte hat initiativ alles darzulegen, was für seine Entlastung spricht; dies hat in erster Linie durch ein geeignetes Tatsachenvorbringen und durch die Beibringung von Beweismitteln bzw die Stellung konkreter Beweisanträge zu geschehen

LVwG Wien 03.06.2014, [VGW-122/008/20731/2014](#)

GewO; AVG; in seiner Judikatur scheint der VwGH generell eine **Rechtsnachfolge auf Nachbarseite mit Eintritt in die Parteistellung** zumindest in jenen Fällen zu verneinen, in denen der Rechtsvorgänger seine Parteistellung lediglich durch Einwendungen betreffend eine persönliche Gefährdung oder Belästigung aufrechterhalten hat; in einem Verfahren nach § 79 Abs 1 GewO kommt nachträglich zugezogenen Nachbarn, welche natürliche Personen sind, keine Parteistellung zu, wenn sie (bzw ihre dinglich berechtigten Rechtsvorgänger) im ursprünglichen Genehmigungsverfahren keine Parteistellung hatten

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[19.06.2014, Rs C-243/12 P, FLS Plast / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Wettbewerb** – **Kartelle** – **Sektor der Industriesäcke aus Kunststoff** – Entscheidung, mit der eine Zuwiderhandlung gegen Art 81 EG festgestellt wird – **Befugnis des Gerichts zu unbeschränkter Nachprüfung** – Begründungspflicht – **Zurechnung einer Zuwiderhandlung der Tochtergesellschaft an die Muttergesellschaft** – Haftung der Muttergesellschaft für die Zahlung der gegen die Tochtergesellschaft festgesetzten Geldbuße – **Verhältnismäßigkeit** – Verfahren vor dem Gericht – **Angemessene Entscheidungsfrist**

[19.06.2014, verb Rs C-501/12 bis C-506/12, C-540/12 und C-541/12, Specht](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Sozialpolitik – Richtlinie 2000/78/EG – **Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf** – Art 2, 3 Abs 1 Buchst c und 6 Abs 1 – **Unmittelbare Diskriminierung wegen des Alters** – **Ermittlung des Grund-**

gehalts von Beamten anhand des Lebensalters – Überleitungsregelung – **Perpetuierung des Gehaltsunterschieds** – Rechtfertigungsgründe – Entschädigungsanspruch – Haftung des Mitgliedstaats – **Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität**

[19.06.2014, Rs C-507/12, Saint Prix](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Art 45 AEUV – Richtlinie 2004/38/EG – Art 7 – **Begriff ‚Arbeitnehmer‘** – Unionsbürgerin, die ihre **Erwerbstätigkeit wegen der körperlichen Belastungen im Spätstadium einer Schwangerschaft** und nach der Geburt des Kindes **aufgegeben** hat

[19.06.2014, Rs C-531/12 P, Commune de Millau und SEMEA / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Schiedsklausel** – Subventionsvertrag über eine **Maßnahme zur lokalen Entwicklung** – Erstattung eines Teils der gezahlten Vorschüsse – Schuldübernahme – **Zuständigkeit des Gerichts** – **Verjährung** – **Haftung der Kommission**

[19.06.2014, Rs C-574/12, Centro Hospitalar de Setúbal und SUCH](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Öffentliche Dienstleistungsaufträge – Richtlinie 2004/18/EG – Auftragserteilung ohne Einleitung eines Ausschreibungsverfahrens (**‚In-House‘-Vergabe**) – **Auftragnehmer, der rechtlich vom öffentlichen Auftraggeber verschieden ist** – Zentrum für die **Erbringung von Hilfs- und Unterstützungsdienstleistungen für Krankenhäuser** – **Gemeinnützige Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht** – Mitgliedermehrheit aus öffentlichen Auftraggebern – Mitgliederminderheit aus privatrechtlichen Einrichtungen, karitativen Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht – Tätigkeit, die zu mindestens **80 % des Jahresumsatzes zugunsten der Mitglieder** verrichtet wird

[19.06.2014, Rs C-11/13, Bayer CropScience](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Patentrecht – Pflanzenschutzmittel – **Ergänzendes Schutzzertifikat** – Verordnung (EG) Nr 1610/96 – Art 1 und 3 – **Begriffe ‚Erzeugnis‘ und ‚Wirkstoffe‘** – Safener

[19.06.2014, verb Rs C-53/13 und C-80/13, Strojirny Prostějov](#)

Freier Dienstleistungsverkehr – Zeitarbeitsunternehmen – **Entsendung von Arbeitnehmern** durch ein in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassenes Zeitarbeitsunternehmen – Beschränkung – Unternehmen, das Arbeitnehmer entleiht – **Einbehaltung der Einkommensteuer dieser Arbeitnehmer an der Quelle** – Verpflichtung – Entrichtung an die Staatskasse – Verpflichtung – **Fall der Arbeitnehmer, die von einem inländischen Unternehmen überlassen werden** – Keine solchen Verpflichtungen

[19.06.2014, verb Rs C-217/13 und C-218/13, Oberbank](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Marken** – Richtlinie 2008/95/EG – Art 3 Abs 1 und 3 – Für Bankdienstleistungen angemeldete konturlose Marke in Rot – **Antrag auf Ungültigerklärung** – **Infolge Benutzung erworbene Unterscheidungskraft** – Nachweis – **Verbraucherbefragung** – Zeitpunkt, zu dem die Unterscheidungskraft infolge Benutzung erworben sein muss – **Beweislast**

[19.06.2014, Rs C-345/13, Karen Millen Fashions](#)

Verordnung (EG) Nr 6/2002 – **Gemeinschaftsgeschmacksmuster** – Art 6 – Eigenart – **Unterschiedlicher Gesamteindruck** – Art 85 Abs 2 – **Nicht eingetragenes Gemeinschaftsgeschmacksmuster** – Gültigkeit – Voraussetzungen – **Beweislast**

B. Schlussanträge

[18.06.2014, Rs C-463/12, Copydan Båndkopi \(GA Cruz Villalón\)](#)

Geistiges Eigentum – **Urheberrechte und verwandte Schutzrechte** – Richtlinie 2001/29/EG – **Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft** – Aus-

schließliches Vervielfältigungsrecht – Art 5 Abs 2 Buchst b – Art 5 Abs 5 – Ausnahmen und Beschränkungen – **Privatkopieausnahme** – Gerechter Ausgleich – Geltungsbereich – Nationale Regelung, die die Erhebung der Privatkopievergütung zur Finanzierung des gerechten Ausgleichs auf austauschbare Träger für die Vervielfältigung vorsieht – **Anwendung auf Speicherkarten von Mobiltelefonen** – Ausschluss der nicht austauschbaren Träger für die Vervielfältigung – **Grundsatz der Kohärenz** – Auswirkungen der primären Funktion der Speicherkarten – **Auswirkungen der Geringfügigkeit des Nachteils** – Auswirkungen einer entgeltlichen oder einer unentgeltlichen Erlaubnis zur Vervielfältigung – Auswirkungen der Anwendung wirksamer technischer Schutzmaßnahmen – **Auswirkungen der Unerlaubtheit der Quelle der Vervielfältigung** – **Schuldner der zur Finanzierung des Ausgleichs bestimmten Vergütung**

[19.06.2014, Rs C-179/13, Evans \(GA Wahl\)](#)

Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – **Bestimmung der auf einen Arbeitnehmer auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit anwendbaren Rechtsvorschriften** – Anwendbarkeit – **Beschäftigung beim Konsulat eines Nichtmitgliedstaats** – Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24. April 1963 – **Erklärung eines Arbeitnehmers, dem System der sozialen Sicherheit eines Mitgliedstaats nicht beitreten zu wollen** – Begriff der ‚**unterschiedlichen Behandlung**‘

[19.06.2014, Rs C-335/13, Feakins \(GA Kokott\)](#)

Gemeinsame Agrarpolitik – Verordnung (EG) Nr 1782/2003 – Verordnung (EG) Nr 795/2004 – **Einheitliche Betriebsprämie** – Härtefallregelung – **Nationale Reserve** – **Kumulierung von Ansprüchen**

C. Gericht

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

12.06.2014, Beschwerde Nr. [56030/07](#), *Fernández Martínez / Spanien*

Keine Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Laisierung eines **verheirateten katholischen Priesters** und Vaters mehrerer Kinder; in weiterer Folge **keine Verlängerung des Arbeitsvertrags** seitens der katholischen Kirche, an einer Schule **Religionsunterricht zu erteilen**, aufgrund seiner aktiven Teilnahme an einer Bewegung, die sich gegen die kirchlichen Lehren stellt; begründete Erwartungshaltung der Kirchen bezüglich der **Loyalität** ihrer Religionslehrer als deren Repräsentanten; keine unverhältnismäßige Anwendung des Prinzips der **Autonomie der Religionsgemeinschaften**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Mathäus Schmied

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.